

Mortler auf Distanz zur Hofabgabeklausel - Schulte fordert Ende des Rentenmoratoriums

In der Union gibt es erste Anzeichen für einen Meinungsumschwung im Hinblick auf die Hofabgabeklausel. CSU-Agrarsprecherin Marlene Mortler hält eine verfassungskonforme Umgestaltung der Hofabgabeverpflichtung für „nur schwer erreichbar“. Sie sieht den Gesetzgeber gefordert, bis Ende des Jahres Klarheit zu schaffen und die derzeitige Rechtsunsicherheit zu beenden. Zugleich fordert Mortler, den Übergang der Betriebe auf die jüngere Generation künftig zu befördern und schlägt dazu eine „Hofnachfolgestrategie“ vor. SPD-Berichterstatterin Ursula Schulte rief die SVLFG dazu auf, das Moratorium bei der Entscheidung über Rentenansprüche zu beenden und Ansprüche unter Vorbehalt zu bewilligen. Länderberichte 16

Rinderbestand in der EU rückläufig- Schlachtungen und Einfuhren nehmen zu

Der Rinderbestand in der Europäischen Union ist im Sommer 2018 gegenüber dem Vorjahr um rund 848 000 Tiere oder 1,0 % auf 80,73 Millionen Tiere gesunken. Die Halter hatten vor allem weniger Jungvieh und Färsen auf den Höfen; der Milchkuhbestand blieb dagegen knapp stabil. Frankreich und Deutschland verzeichneten mit einem Minus von jeweils mehr als 2 % einen überdurchschnittlichen Rückgang ihrer Herden, der in den Niederlanden noch stärker ausfiel. Die Erzeuger in Italien, Polen und Spanien stockten ihre Bestände dagegen auf. Die Rindfleischherzeugung in der EU wird im laufenden Jahr gegenüber 2017 zunehmen; trotzdem wird auch mehr Ware importiert. Markt+Meinung 1

Hogan hält rasche Einigung über zukünftigen EU-Agrarretat für möglich

EU-Agrarkommissar Phil Hogan hält eine Einigung der Mitgliedstaaten über den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) für den Zeitraum 2021 bis 2027 und damit auch über den künftigen EU-Agrarhaushalt bis März 2019 für möglich. Dafür müsse aber die entsprechende Bereitschaft der Mitgliedsländer vorhanden sein, erklärte der Ire beim informellen Agrarretat auf Schloss Hof. Die Gastgeberin des Gipfels, Österreichs Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger, betonte, ein vitaler ländlicher Raum sei der Schlüssel für eine vitale agrarwirtschaftliche Entwicklung. Auch Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner unterstrich die Wichtigkeit der EU-Förderung der ländlichen Räume. EU-Nachrichten 4

Länderminister einigen sich auf GAP-Positionen

Die Länder haben sich auf Eckpunkte für die anstehenden Verhandlungen über die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) nach 2020 verständigt. Die Agrarministerkonferenz (AMK) sprach sich für eine finanzielle Ausstattung der GAP auf bisherigem Niveau und eine Fortführung der Zwei-Säulen-Struktur, aber gegen überdurchschnittliche Kürzungen in der Zweiten Säule aus. Die Direktzahlungen sollen den Ressortchefs zufolge der Einkommensunterstützung dienen und einen „zielgerichteten und ambitionierten Beitrag zur Stärkung der biologischen Vielfalt sowie zum Klima- und Ressourcenschutz“ leisten. Ausdrücklich fordern die Länderminister in ihrem Beschluss Spielraum bei der Umsetzung der GAP. Daher müssten Regelungen zur Kappung und Degression fakultativ für die Mitgliedstaaten sein. Die Förderung der ersten Hektare dürfe nicht zu einer „unverhältnismäßigen Verteilung zwischen den Mitgliedstaaten“ führen. Freiwilligkeit verlangt die Agrarministerkonferenz auch für eine mögliche staatliche Unterstützung von Maßnahmen zum Risikomanagement wie etwa einer Mehrgefahrenversicherung im Rahmen der GAP. Gleichzeitig erwartet man „Wege und Maßnahmen“, die eigenständige Risikovorsorge der Betriebe zu stärken. Betont wird in dem Beschluss die Forderung nach einer Vereinfachung der GAP. Voraussetzung dafür sei unter anderem „eine maximale Flexibilität“ für die Mitgliedstaaten, und zwar sowohl bei der Ausgestaltung der Maßnahmen als auch der Verwaltungs-, Kontroll- und Sanktionssysteme. Bundesministerin Julia Klöckner wertete das Votum als Beitrag zur Stärkung ihrer deutschen Verhandlungsposition. EU-Nachrichten 1